

Wie an rassistische Gewalt erinnern? Der Konflikt um das Mahnmal in der Kölner Keupstraße

Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,

seit mehreren Jahren wird in Köln über ein Mahnmal zur Erinnerung an die rassistischen Anschläge des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) diskutiert. Ornella Gessler, Projektreferentin des Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung, hat den Konflikt um das Mahnmal aus einer rassismuskritischen und erinnerungstheoretischen Perspektive untersucht. Bei Streit&Struntz im Januar 2021 möchten wir mit Ihnen darüber sprechen und nachdenken, worum es bei dem Konflikt geht und welche Rolle Kommunale Konfliktberatung spielen könnte?

Der NSU verübte zwei Anschläge in Köln: im Januar 2001 explodierte ein Sprengsatz in einem Lebensmittelladen in der Kölner Innenstadt und verletzte dabei eine Person; im Juni 2004 wurden in der Kölner Keupstraße über zwanzig Menschen von einer Nagelbombe verletzt. Die Keupstraße liegt in Köln-Mülheim, einem seit vielen Jahren migrantisch geprägten Stadtteil. Lange wurden rassistische und rechte Tatmotive von den Sicherheitsbehörden ausgeschlossen. Erst nachdem drei Mitglieder des NSU sich im November 2011 selbst enttarnten, wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass die rechtsextreme Gruppe zwischen 1999 und 2011 neun Menschen ermordete sowie verschiedene Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle verübt hatte – und dass auch die Anschläge in Köln durch den NSU verübt worden waren.

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten gibt einmal im Monat, an jedem ersten Freitag, einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum. Es lädt ein zu einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird. Das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

Im Jahr 2014 beschloss der Kölner Stadtrat ein Denkmal zu realisieren, welches an die Betroffenen der NSU-Anschläge in Köln erinnern soll. Seit 2016 gibt es einen Mahnmalsentwurf: Mit dem *Herkesin Meydanı – Platz für Alle* soll ein Erinnerungsort auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs direkt am Eingang der Keupstraße entstehen. Es soll ein Ort geschaffen werden, an dem sich Menschen aufhalten, treffen und erinnern können. Das Gelände, auf dem das Mahnmal entstehen soll, ist in Besitz privater Investor*innen, welche Pläne zur Neubebauung des Grundstücks haben. Wo das Mahnmal einen Platz in der Neugestaltung haben kann, ob direkt an der Ecke zur Keupstraße oder an einem etwas weiter entfernten Standort, ist bisher noch ungeklärt. Betroffene des Anschlags und die Initiative „Herkesin Meydanı – Platz für Alle“ betonen, dass der Standort direkt an der Keupstraße von hoher Relevanz ist, denn nur so könne der Bezug zum Anschlagsort, zu den betroffenen Menschen hergestellt werden. Die Stadt Köln unterstützt die Neubebauung des ehemaligen Güterbahnhofs sowie die Realisierung des Mahnmals zur Erinnerung an die rassistischen Anschläge. Betroffene und Initiativen kritisieren allerdings, dass die Stadt zu stark die Interessen der Investor*innen hört und sich zu wenig dafür einsetzt, dass das Mahnmal am Eingang der Keupstraße umgesetzt wird. Bis heute gibt es keinen öffentlichen Ort in Köln, der an die Anschläge, welche sich explizit gegen migrantisches Leben richteten, erinnert.

Bei der Diskussion um das Mahnmal an der Keupstraße geht es um den Standort und darum, welche Erfahrungen und Interessen von der Mehrheitsgesellschaft (nicht) gehört und (nicht) erinnert werden (wollen). Welche Rolle könnte die Kommunale Konfliktberatung bei diesem Konflikt spielen?

In einem Online-Gespräch am **18. Januar 2021 von 16:00 bis 17:00 Uhr** möchten wir Sie einladen mit Ornella Gessler und Thimna Bunte, Kommunale Konfliktberaterin, darüber zu diskutieren, welche Rolle Kommunale Konfliktberatung in diesem Konflikt spielen könnte.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich per E-Mail zum Online-Gespräch an: Ornella Gessler gessler.konfliktberatung@vfb-saw.de. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das [Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung](#) bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.
Weitere Informationen: www.vfb-saw.de/kommunale_konfliktberatung_im_vfb_salzwedel/

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.



Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung